

Pressemitteilung

07. September 2019

FNP - Welches Spiel spielt die Stadtverwaltung? Intransparenz und Irreführung von Bürgern und Rat

Der neuerliche erschreckende Umgang der Stadtverwaltung mit dem Bescheid der Bezirksregierung zum FNP bestärkt die Befürchtungen des Bündnisses der Bürgerinitiativen (BBI-GL), dass die Stadtverwaltung statt auf Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung auf Desinformation und Irreführung setzt.

Nicht nur halte die Stadtverwaltung wichtige Informationen zum FNP-Verfahren zurück, Stadtbaurat Flügge schrecke auch bei direkter Nachfrage nicht vor bewusst falschen Aussagen zurück, so der BBI-GL.

Die Stadtverwaltung habe den Bescheid der Bezirksregierung bereits mit Post vom 9. August erhalten. Bekanntgegeben habe sie ihn jedoch erst über zwei Wochen später. Und auch dann nur in einer kurzen Zusammenfassung. Eine Veröffentlichung habe die Stadt verweigert. Das Bündnis fragt sich: was gab es zu verbergen? Die Bezirksregierung jedenfalls hatte kein Problem damit, das Schreiben zur Veröffentlichung freizugeben.

Es habe sich nicht nur gezeigt, dass die gebetsmühlenartig durch die Bürgerinitiativen angeführten Einwände von der Bezirksregierung genau so gesehen worden seien, sondern auch, dass die Stadtverwaltung Bürgern und Rat bewusst Informationen vorenthalten habe.

So sei die Stadtverwaltung spätestens am 08. Mai über die geplanten Streichungen informiert worden. Sie habe jedoch nicht nur den Rat, der am 9. Juli nochmals über den FNP abgestimmt hatte, darüber in Unkenntnis gelassen. Auch dem Bündnis der Bürgerinitiativen sei auf schriftliche Nachfrage mitgeteilt worden, dass keine weiteren Beanstandungen seitens der Bezirksregierung bestehen.

Die Einwände der Bezirksregierung ließen an Deutlichkeit kaum zu wünschen übrig, so das Bündnis. Es sei auch kaum anzunehmen, dass die Bestrebungen, die notwendigen Änderungen im Regionalplan durchzusetzen, zum Erfolg führen.

Das Bündnis der Bürgerinitiativen hofft nun darauf, dass die Politik der Verwaltung Einhalt gebietet. Die abgelehnten Flächen unterliegen aus guten Gründen dem Schutz des Regionalplans. Es sei nun seitens des Stadtrats sehr genau zu prüfen, ob die Anträge auf Änderung des Regionalplans nicht besser zurückzuziehen seien.